

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918**  
**12 (1898)**

34 (10.2.1898)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249617](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-249617)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Frangirung) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; wochentlich 2 Pfg. (Postzeitungsbillets Nr. 5352) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. extra Beleggeld.

Redaktion und Expedition:  
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.  
Telephon - Anschlag Nr. 58.

Interate werden die häufigste Copiezahl oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwere Copie nach höherem Tarif. — Interate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Ordere Interate werden früher erbeten.

Nr. 34.

Bant, Donnerstag den 10. Februar 1898.

12. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 7. Februar.

**Am Rundenbühnen: a. Bobbiest.**  
Das Gesetz über die Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten wird in heiterer Stimmung angenommen. Sodann wird die zweite Lesung der Vorberatung beim Reichstag fortgesetzt. Beim Titel „Oberpostdirektor“ spricht Abg. Werner (Nied.) den Wunsch aus, daß den Beamten in Berlin das Wohnen in den Fororten gestattet werde.

Zur Titel wird darauf bemerkt:  
Abg. Müller, Reichsgericht der Präsident II. Klasse? Antrag.

Abg. Koch (Zsp.) den Reichsanwalt zu erlösen, die erforderlichen Schritte zu thun, um ohne Verletzung bereits erzwungener Rechte die Ermächtigung und endliche Aufhebung der Offiziers-Pflicht-Verordnungen einzutreten zu lassen. In der Befreiung der Beamten mit früheren Offizieren liege eine Herabwürdigung der Zivilbeamten, die eine lange Verberatung bedürfte und ein schmerzliches Gedenken seien müssen. Was für Anforderungen an die verbleibenden Offiziere gestellt würden, wisse man nicht einmal. Sie befehlen deshalb keine Materialien bei den Unteroffizieren, weil sie in der Dienst nicht Befehl haben. Die mangelnde Zugehörigkeit suchen sie durch ansehendes, hochschwebendes Betragen gegenüber dem Publikum vor zu machen.

Unterstaatssekretär Trützschel: Die Militärbeamten thun in durchaus befriedigender Weise ihren Dienst. Das System hat sich sehr wohl bewährt, so daß man nicht an eine Verminderung, sondern eher an eine Vermehrung der Offiziers-Pflicht-Verordnungen denken kann. (Hört! hört!) Die Militärämter, die die Offiziere gebildet hat, ist eine wesentliche Bedingung für die Ausbildung des Volkstheaters.

Abg. Graf Stolberg (Kons.) tritt ebenfalls dem Antrag Koch entgegen. Über müßte die Anzahl der Militärbeamten noch vermehrt werden, denn Zeugnisse habe noch einen sehr großen Ueberschuß an pensionierten Offizieren, die zwar nicht mehr dienstfähig seien, aber laß dem Vaterlande noch Nutzen stiften könnten.

Zur Titel wird darauf bemerkt, die Resolution Koch's gegen die Stimmen der fernwärtigen Sozialisten und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Beim Titel „Oberpostdirektor“ u. befristet:  
Abg. Dr. Müller-Sagan (Zsp.) eine Erhöhung der Normalgehälter der Postdirektoren von 3500 auf 3800 Mark, vertritt aber darauf, einen zweijährigen Antrag in diesem Jahre zu stellen.

Zur Titel wird darauf bemerkt:  
Beim Titel „Postinspektoren“ Holt

Abg. Werner (Nied.), daß den Wünschen der Postinspektoren mehr wie bisher nachgegeben werde.

Abg. Müller-Sagan (Zsp.) regt eine anderweite Regelung der Dienstverhältnisse bei dieser Beamtenkategorie an.

Staatssekretär v. Bobbiest! betont, daß die Erhöhung dieses Wunsches erhebliche Schwierigkeiten machen würde.

Zur Titel wird darauf bemerkt:  
Bei Titel „Fernsprecher- und Telegraphenbeamten“ empfiehlt

Abg. Dr. Hammecker (Nied.) eine größere Zulage für diese weiblichen Angestellten und eine Verbesserung der Zeit, in der die Damen in etatsmäßige Stellen austreten.

Abg. Singer (Zsp.): Sind sich auch dafür, daß den Damen möglichst bald eine geführte Lebensstellung gemacht wird. Altwort vor verteidigt aber die Postver-

waltung habe nicht. Die Damen fangen mit 2,25 Mk. pro Tag an, erhalten später 2,40 Mk. und erst im vierten Jahre 3 Mk. Das Gehalt ist nur dann überaus auskömmlich, wenn die Damen in der häuslichen Unterhaltung leben. Wie sollen die Mädchen dort sein Gehalt normirt werden. Die Damen haben in der Woche 49 Stunden Dienst, viel zu lange für die unverheirateten Arbeit. Wie viele dieser Damen sind nach neun Jahren noch dienstfähig? Bei Erholungsurlauben müssen sie die Erholungsverpflichtungen selbst tragen. Das konnte von der Verwaltung übernommen werden, wenn es jetzt schon bei Kronpoststellen ist, denn gerade bei den Telegraphenämtern ist ohne diese Krankheit oft der Erholungsurlaub notwendig.

Staatssekretär v. Bobbiest! Herr Singer verlangt hoch und häufiger Telegraphenämtern, die kann ich doch nur bei billiger Vermehrung gewähren. Jetzt soll ich doch mein Bündel alle Tage über den Kopf des Mannes, in der ersten Zeit sind sie hoch aber nur Verträge. Die gewünschte Modifikation kann ich nicht vorlegen. Ein Antrag der Telegraphenämtern ist nur insofern Verberatung der Damen erfolgt.

Abg. Reins v. Schernack-Geroldts (Nied-Nied.) bittet das Publikum bei Benutzung des Telephons Rücksicht auf die Normen der Telegraphenämtern zu nehmen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Zsp.): Wenn der eine Telegraphenbörse abgelehnt wird, werden die Telegraphenämtern nur mehr zu leihen, sollen durch Verberatung der Telegraphenämtern mit dem einmündigen Kauf entziehen, deshalb könnten also die Damen besser bezahlt werden.

Direktor im Reichspostamt E. D. D. bemerkt, die Benutzung ist fortgesetzt, denn die Damen den Dienst zu erlösen.

Zur Titel wird darauf bemerkt:  
Der Titel „Unterbeamte“ beantragt die Subjektionsmäßigen folgende Resolution: „Den Reichsanwalt zu erlösen, das Ansehensgehalt der Postbeamten von 800 auf 900 Mk. zu erhöhen und in der Rechnungsperiode 1898 hierfür nötigen Mittel durch einen Organisationsetat zu suchen.“

Abg. Singer beantragt dagegen, bereits im vorliegenden Etat selbst die Erhöhung des Minimalgehalts auf 900 Mk. vorzunehmen.

Schleissig zur Diskussion gestellt wird der Titel: „Landesrichtiger“, zu dem folgende Resolution der Subjektionsmäßigen vorliegt: „Den Reichsanwalt zu erlösen, das Gehalt der Landesrichtiger von 900 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen und die hierfür erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 1898 durch einen Organisationsetat zu suchen.“

Abg. Singer (Zsp.): Es sind dieselben Anträge, die den Reichsanwalt in der vorigen Session abgelehnt haben, wo sie in Form einer Resolution einstimmig angenommen wurden. Es handelt sich darum, diejenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1898 angeheuert sind, auch das alte Ansehensgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1898 bereits angeheuert waren. Ferner soll eine Erhöhung des Gehalts der Landesrichtiger von 900 auf 1000 Mark stattfinden. In Betracht kommen hierbei 30740 Unterbeamte und 18300 Landesrichtiger. Bei diesen Kategorien von Unterbeamten haben die Dienstverhältnisse Bestimmungen eine Berücksichtigung des Ansehensgehalts herbeigeführt. Reiner wohl das unbilligste nach. Danach erhalten die Unterbeamten im Bezugsjahr mit dem Jahre 1898 und 95 durchschnittlich 10 Mark im Jahre pro Kopf und die Landesrichtiger 9 Mark pro Kopf weniger als früher. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß gerade bei den Landesrichtigern eine Art Verberatung im Besetzung stabilisiert wird. Die Einen sagen die Landesrichtiger sind eine bedeutende wertvolle Partie, die andern sagen daselbe von den

Telephonistinnen (Beitritt). Es kommt aber nicht darauf an, zu fragen, daß sich zu einer bestimmten Zeit Beamte möglichst gut verhalten. Wir müssen vielmehr auf vernünftige Normierung der Gehälter bedacht sein, daß es in viele Menschen nach diesen mit 900 Mk. dotierten Posten bringen, ist doch nur ein Mensch für die unerschöpflichen Bedürfnisse unter der Bevölkerung im Osten. Die staatsrechtlichen Bedenken gegen unsern Antrag sind durchaus unbedeutend. Ebenso wie bei der Revision im vorigen Jahre beim Nachtragsetat selbständig Staatssekretär erlösen hat er sich natürlich auch beim Hauptetat. Reichstag und Bundesrat sind gleichberechtigt. Reichstag, der erstere hat es ja in der Hand, den Etat schließlich nicht zustande kommen zu lassen, wenn ihm die Staatsüberhöhung nicht paßt, doch zu dieser letzten Revision werden sich die Herren im Bundesrat wohl nicht erziehen. Wenn Sie mit der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten wirklich Ernst machen wollen, müssen Sie unsern Antrag annehmen, denn durch den Jnterimstrat der Gehaltsüberhöhung in einem Nachtragsetat zu fordern, wird glaube ich, nichts erreicht werden. Sie haben auch im vergangenen Jahre die Regierung aufgefordert, im künftigen Etat die Erhöhung vorzunehmen. Gegen die Mäßigkeit der Regierung zu warzen, bis Herrschaft über die Erhöhung der Beamtengehälter vorgeht, müssen wir ganz energisch protestieren. Gerade im Gegentheil muß das Reich den Einzelstaaten vorangehen und ganz besonders Preußen, dessen Jnterimstrat unter der Politik der Sammlung vor allem die Sammlung des Staatshaushaltes im Juliasturm verfehlt (Beitritt) und für Kulturzwecke keine Gelder bereithält, obgleich ihm Millionen zur Verfügung stehen. Die Herren vom Zentrum wollen ihre parlamentarische Hochachtung dadurch dokumentieren, daß sie die Forderung der veränderlichen Regierung zur Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre mit der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten in Verbindung bringen und die erstere ablehnen, solange die letztere nicht bewilligt ist. Das sieht nach einem Ein ja recht hübsch aus, aber lediglich bedeutet es nicht viel. Die Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre bewilligen wir auf keinen Fall, aber die Lage der Unterbeamten muß gebessert werden. Sie können nicht länger warten, während die Staatssekretäre, wenn sie sich große Mühe geben, schließlich auch noch mit 24000 Mk. jährlich leben können. Das Zentrum sollte unsern Antrag annehmen, es hätte dann in ihm einen Vorposten für seine Verberatungen im Landtage und könnte Herrn Müller den Wind aus den Segeln nehmen. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag der Subjektionsmäßigen stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Oberpostdirektor Reins v. Schernack-Geroldts (Nied-Nied.) beantragt die Subjektionsmäßigen folgende Resolution: „Den Reichsanwalt zu erlösen, das Ansehensgehalt der Postbeamten von 800 auf 900 Mk. zu erhöhen und in der Rechnungsperiode 1898 hierfür nötigen Mittel durch einen Organisationsetat zu suchen.“

Abg. Singer beantragt dagegen, bereits im vorliegenden Etat selbst die Erhöhung des Minimalgehalts auf 900 Mk. vorzunehmen.

Schleissig zur Diskussion gestellt wird der Titel: „Landesrichtiger“, zu dem folgende Resolution der Subjektionsmäßigen vorliegt: „Den Reichsanwalt zu erlösen, das Gehalt der Landesrichtiger von 900 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen und die hierfür erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 1898 durch einen Organisationsetat zu suchen.“

Abg. Singer (Zsp.): Es sind dieselben Anträge, die den Reichsanwalt in der vorigen Session abgelehnt haben, wo sie in Form einer Resolution einstimmig angenommen wurden. Es handelt sich darum, diejenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1898 angeheuert sind, auch das alte Ansehensgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1898 bereits angeheuert waren. Ferner soll eine Erhöhung des Gehalts der Landesrichtiger von 900 auf 1000 Mark stattfinden. In Betracht kommen hierbei 30740 Unterbeamte und 18300 Landesrichtiger. Bei diesen Kategorien von Unterbeamten haben die Dienstverhältnisse Bestimmungen eine Berücksichtigung des Ansehensgehalts herbeigeführt. Reiner wohl das unbilligste nach. Danach erhalten die Unterbeamten im Bezugsjahr mit dem Jahre 1898 und 95 durchschnittlich 10 Mark im Jahre pro Kopf und die Landesrichtiger 9 Mark pro Kopf weniger als früher. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß gerade bei den Landesrichtigern eine Art Verberatung im Besetzung stabilisiert wird. Die Einen sagen die Landesrichtiger sind eine bedeutende wertvolle Partie, die andern sagen daselbe von den

Telephonistinnen (Beitritt). Es kommt aber nicht darauf an, zu fragen, daß sich zu einer bestimmten Zeit Beamte möglichst gut verhalten. Wir müssen vielmehr auf vernünftige Normierung der Gehälter bedacht sein, daß es in viele Menschen nach diesen mit 900 Mk. dotierten Posten bringen, ist doch nur ein Mensch für die unerschöpflichen Bedürfnisse unter der Bevölkerung im Osten. Die staatsrechtlichen Bedenken gegen unsern Antrag sind durchaus unbedeutend. Ebenso wie bei der Revision im vorigen Jahre beim Nachtragsetat selbständig Staatssekretär erlösen hat er sich natürlich auch beim Hauptetat. Reichstag und Bundesrat sind gleichberechtigt. Reichstag, der erstere hat es ja in der Hand, den Etat schließlich nicht zustande kommen zu lassen, wenn ihm die Staatsüberhöhung nicht paßt, doch zu dieser letzten Revision werden sich die Herren im Bundesrat wohl nicht erziehen. Wenn Sie mit der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten wirklich Ernst machen wollen, müssen Sie unsern Antrag annehmen, denn durch den Jnterimstrat der Gehaltsüberhöhung in einem Nachtragsetat zu fordern, wird glaube ich, nichts erreicht werden. Sie haben auch im vergangenen Jahre die Regierung aufgefordert, im künftigen Etat die Erhöhung vorzunehmen. Gegen die Mäßigkeit der Regierung zu warzen, bis Herrschaft über die Erhöhung der Beamtengehälter vorgeht, müssen wir ganz energisch protestieren. Gerade im Gegentheil muß das Reich den Einzelstaaten vorangehen und ganz besonders Preußen, dessen Jnterimstrat unter der Politik der Sammlung vor allem die Sammlung des Staatshaushaltes im Juliasturm verfehlt (Beitritt) und für Kulturzwecke keine Gelder bereithält, obgleich ihm Millionen zur Verfügung stehen. Die Herren vom Zentrum wollen ihre parlamentarische Hochachtung dadurch dokumentieren, daß sie die Forderung der veränderlichen Regierung zur Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre mit der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten in Verbindung bringen und die erstere ablehnen, solange die letztere nicht bewilligt ist. Das sieht nach einem Ein ja recht hübsch aus, aber lediglich bedeutet es nicht viel. Die Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre bewilligen wir auf keinen Fall, aber die Lage der Unterbeamten muß gebessert werden. Sie können nicht länger warten, während die Staatssekretäre, wenn sie sich große Mühe geben, schließlich auch noch mit 24000 Mk. jährlich leben können. Das Zentrum sollte unsern Antrag annehmen, es hätte dann in ihm einen Vorposten für seine Verberatungen im Landtage und könnte Herrn Müller den Wind aus den Segeln nehmen. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag der Subjektionsmäßigen stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Oberpostdirektor Reins v. Schernack-Geroldts (Nied-Nied.) beantragt die Subjektionsmäßigen folgende Resolution: „Den Reichsanwalt zu erlösen, das Ansehensgehalt der Postbeamten von 800 auf 900 Mk. zu erhöhen und in der Rechnungsperiode 1898 hierfür nötigen Mittel durch einen Organisationsetat zu suchen.“

Abg. Singer beantragt dagegen, bereits im vorliegenden Etat selbst die Erhöhung des Minimalgehalts auf 900 Mk. vorzunehmen.

Schleissig zur Diskussion gestellt wird der Titel: „Landesrichtiger“, zu dem folgende Resolution der Subjektionsmäßigen vorliegt: „Den Reichsanwalt zu erlösen, das Gehalt der Landesrichtiger von 900 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen und die hierfür erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 1898 durch einen Organisationsetat zu suchen.“

Abg. Singer (Zsp.): Es sind dieselben Anträge, die den Reichsanwalt in der vorigen Session abgelehnt haben, wo sie in Form einer Resolution einstimmig angenommen wurden. Es handelt sich darum, diejenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1898 angeheuert sind, auch das alte Ansehensgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1898 bereits angeheuert waren. Ferner soll eine Erhöhung des Gehalts der Landesrichtiger von 900 auf 1000 Mark stattfinden. In Betracht kommen hierbei 30740 Unterbeamte und 18300 Landesrichtiger. Bei diesen Kategorien von Unterbeamten haben die Dienstverhältnisse Bestimmungen eine Berücksichtigung des Ansehensgehalts herbeigeführt. Reiner wohl das unbilligste nach. Danach erhalten die Unterbeamten im Bezugsjahr mit dem Jahre 1898 und 95 durchschnittlich 10 Mark im Jahre pro Kopf und die Landesrichtiger 9 Mark pro Kopf weniger als früher. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß gerade bei den Landesrichtigern eine Art Verberatung im Besetzung stabilisiert wird. Die Einen sagen die Landesrichtiger sind eine bedeutende wertvolle Partie, die andern sagen daselbe von den

Abg. „Noblesse oblige“ und sicher entgegenkommen wird (Beifall).

Abg. Dr. Zieber (Zent.) betont, daß ein Mitglied in den Beamtengehältern nicht nur nach oben, sondern besonders nach unten haften muß.  
Abg. Graf von Koon (Kons.): Der Antrag Singer ist ein staatsrechtlich korrekter. Ich möchte den Landesrichtigern alles Gute, aber ich werde weder für die Resolution, noch für den Antrag Singer stimmen, um keinen Trud auf die Regierung auszuüben.

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag Singer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, die Resolution der Kommission angenommen. Zur Titel wird darauf bemerkt, ebenso der Rest des Erörterungs, ebenso die ersten Titel der einmaligen Ausgaben.  
Nächste Sitzung: Dienstag 2. Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

**Aus dem Reichstag.** Die Bank des Reichstages waren gestern besser gefüllt, als an irgend einem anderen Tage der letzten Woche, ihre Besetzung fand entgegenwärtig in Einklang mit den überflüssigen Tribünen, auf denen sich eine Menge Diplomaten mit ihren Damen eingefunden hatte. Das Alles hing mit der Tagesordnung, auf welcher der Etat des künftigen Jahres handelte. Das neue Evangelium interessierte die Abgeordneten und die eben näher bezeichneten Kreise, aus denen sich die Tribünenbesucher zusammensetzten. Zunächst wurde aber noch in steigender Zahl das Extraordinarium des Postetats erörtert. Erst als Herr v. Bobbiest sein Bündel gefürhrt hatte, kam das Refort des Staatssekretärs v. Balow an die Reihe. Der Abg. Eugen Richter leitete die Debatte mit einer Kritik der neuen Chinapolitik ein, die aber viel gemäßigter und ruhiger ausfiel, als man nach dessen heftigen Parteiführer Stellung zur Kolonialpolitik hätte erwarten sollen. Richter stellte an den Staatssekretär das Eruchen, nähere Auskunft über die ostasiatische Politik und den Vertrag mit China zu geben und Herr v. Balow leistete diesem Eruchen Folge. Das Aufreten des neuen Staatssekretärs wurde allseitig mit großem Interesse verfolgt und war auch wirklich interessant genug. Herr v. Balow hatte ja schon bei der ersten Sitzung des Etats das Wort genommen, aber erst heute lernte man ihn näher kennen. In seiner äußeren Daltung, in seinem eleganten schwarzen Gehrock, in dem glatt geschliffelten grauen Haare, das er eine leise Neugierlichkeit mit dem alten Fürsten Radziwill. Er ist der Topus des deutschen Aristokraten und gemachten Weltmannes. Er ist ein glänzender Redner, der überaus flüchtig spricht und gleich darin seinem Vorgänger, dem Herrn v. Marquard. Voriger verfuhr vielleicht mehr über eine überlegene Ironie, Herr v. Marquard sprach vielleicht logisch

Gewandtheit der Fall. Seit Arbeiter, wenn ihr Wort, habt Talent, wenn ihr könnt, man wird es Euch vielleicht verzeihen. Aber wollt ihr Erfolg haben? Dann seid die Söhne oder Schwiegeröhne eines einflussreichen Mannes. In irgend einer Stellung müßt ihr sein, sehr viel Geld haben. Das giebt Euch erst ein Recht auf die Achtung, auf die Stimmen Eurer Mitbürger. Wenn ihr zweifelt, so fragt nur diese beiden Spender, die sich um die Ehre streiten, die Stimmen Eurer Väter zu erlangen.“

Am 4. August. — Ich habe jetzt zu lachen angefangen über das Schauspiel, dem ich bewohne: die alte Genoveseheit des Skeptikers, der ich immer war, und die noch nicht ganz in mir erloschen ist. O dieser blöde Pariser Witz! Ein ähnelndes Gift, das in den Herzen die Achtung vor Allen, was gut und schön ist, die edle Ehrlichkeit, den Haß des Lasters zerstört. So sehr ich die herbe Ironie, die aus der Empörung der verlegten Heiligkeit hervorgeht, den offenen fröhlichen Spott, der wie ein heißes Eisen das fraule beiseitigen oder heilen will, schätze, so sehr habe ich die dumme Verhätigung des Geistes, der die Wahrheit unterdrückt.

Ich kann diese Stümper nicht mehr ertragen, die, wenn sie sich über eine politische, religiöse oder stittliche Frage aussprechen sollen, eine Piroquette (einen Drehprung) machen, um nicht ihre Ansichten ansprechen und verteidigen zu müssen. Es fehlt ihnen an Muth und Ehrlichkeit.

(Fortsetzung folgt.)

## Eine Bekehrung.

Noman von Georges Renard.  
Katholische Lieberung von Marie Kunert.

76) (Wiedruck verboten.)

Nach diesem Regen von hohen Wolken kam ein etwas kräftiger Regen. Der 14. Juli — der hundertste Jahrestag des Völkerturmes — nah. Diefelbe freigegebene Hand schied den Gemeinden, um ihnen bei der Feier ihres Nationalfestes unter die Arme zu greifen. Fahnen, Laternen, Feuerwerkskörper und alle möglichen anderen Kleinigkeiten, all die Lodenhüter des großen Pariser Bazar, wie die loien Mäuler zu sagen anfangen. Doch ein Meisterstreich hat den Vereingern den Mund geschlossen. Philippour ließ nämlich einen wahren Wollenbruch von grünen, himmelblauen und roten Wägen auf das Land niedergehen, die in Goldbord das Abbild des Götterheiden, die Götterheiden tragen. Wo konnte man wohl gleich originale und festende Bekleidung finden? Es regnete, regnete auch immer noch Kleider für männliche und weibliche Kommunitanten. Welche geistliche Vereinigung praktischer und patriotischer Gaben für den 18. Juli! Welche verdienstliche Anstrengung, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, um Kirche und Staat gleichzeitig für sich zu gewinnen. Ein glänzendes Mittel, um die Wälder durch die Kinder und die Väter durch die Mütter zu erobert.

Wir müssen und also entschieden tapfer halten. Herr von Serenois erwidert sich über diese Kaufmannspraktiken nicht allzufröhlich.

Am 20. Juli. — Revanche! Revanche! Wir haben jetzt auch unser Blatt, unsere Wälder, welche ebenfalls die Biographie und das Porträt Herrn von Serenois veröffentlichen. Wir schicken sie gleichfalls Jedermann gratis zu, unseren geschätzten Konfurrenten nicht zu verpassen. Dann haben wir für die Knaben- und Mädchenchulen Hunderte von Büchern mit Goldschnitt kommen lassen und haben die Probe gegeben, wohl zehnmal unter härmlichen Bravos die Worte zu hören: „Herr von Serenois, dessen Namen man überall da findet, wo es sich darum handelt, die Bildung des Volkes zu heben.“

Beim sehten Male sang sie unserm Ohr noch eben so schön wie bei der ersten Male. — Armer Herr von Serenois! Er, dem das Volk jetzt schon viel zu gebildet ist! Wenn er dazu lächelt, sieht er aus, als schmit er den Leuten ein Gesicht — das Kandidaten-lächeln! Auch wir bemühen uns, die Wälder durch die Kinder zu erobert. Was die Wälder betrifft, so haben wir ihnen keine Wägen mit dem Bild des Götterheiden geschickt, wir haben es viel besser ange stellt: wir haben ihnen die Mittel gegeben, sich den Götterheiden selbst ansehen zu können. Die Gesellschaft von Orleans hat Beugnigungsstraße zu selbsthaft billigen Preisen abgelassen, und wir haben es natürlich die Leute wissen lassen, daß wir dieser Freigebigkeit der Gesellschaft nicht fernsehen. Wie glücklich können doch die Wälder unseres Kreises sein!

Am 28. Juli. — Wir haben der Bediensteten in Gumnastium zu Andoße be-

gemohnt. — Herr Philippour kam ebenfalls und bot, wie wir, prachtvolle Bücher an. Der Vorriecher vereinigte in seinem überwältigenden Dunstferaug die beiden edlen Spender, deren Namen man überall findet, wo . . .“

Die übliche Rede, die von einem jungen Lehrer gehalten wurde, schilderte die Vorteile einer geordneten Erziehung:

„Ja, meine jungen Schüler, denkt daran, daß die wahre Größe eines Mannes in seiner intellektuellen und moralischen Bildung besteht, und später, wenn ihr dieses friedliche Ziel Eurer Jugend vertauscht haben werdet mit den härmlichen Wägen des Lebens, dann seid versichert, daß Achtung und Ehren niemals fehlen werden, wenn ihr die Worte des Weisen wiederholen könnt, der sich noch reich fühlte, nachdem er bei einem Schiffbruch Alles verloren hatte, die Worte: „All das Meinige trage ich bei mir!“

Die beiden edlen Spender haben diese Rede mit angehört, ohne mit einer Wimper zu zucken. Sie hatten sogar die Plakität oder vielmehr die Dreistigkeit, zu applaudieren.

Als ich das sah, hätte ich am liebsten rufen mögen:

„Herr Proffeur, sagen Sie doch den werthen Anwesenden: Meine jungen Freunde, man macht sich über Euch lustig. Ja, in der Schule, da werdet ihr nach Euren Leistungen und nicht nach Euren Vermögen behandelt. Ihr werdet belobt oder bestraft, je nachdem Eure Arbeiten, Eure Betragen, Eure Fähigkeiten sind. Nun wohl! In der Welt, im Leben ist meist das

gemohnt. — Herr Philippour kam ebenfalls und bot, wie wir, prachtvolle Bücher an. Der Vorriecher vereinigte in seinem überwältigenden Dunstferaug die beiden edlen Spender, deren Namen man überall findet, wo . . .“

Die übliche Rede, die von einem jungen Lehrer gehalten wurde, schilderte die Vorteile einer geordneten Erziehung:

„Ja, meine jungen Schüler, denkt daran, daß die wahre Größe eines Mannes in seiner intellektuellen und moralischen Bildung besteht, und später, wenn ihr dieses friedliche Ziel Eurer Jugend vertauscht haben werdet mit den härmlichen Wägen des Lebens, dann seid versichert, daß Achtung und Ehren niemals fehlen werden, wenn ihr die Worte des Weisen wiederholen könnt, der sich noch reich fühlte, nachdem er bei einem Schiffbruch Alles verloren hatte, die Worte: „All das Meinige trage ich bei mir!“

Die beiden edlen Spender haben diese Rede mit angehört, ohne mit einer Wimper zu zucken. Sie hatten sogar die Plakität oder vielmehr die Dreistigkeit, zu applaudieren.

Als ich das sah, hätte ich am liebsten rufen mögen:

„Herr Proffeur, sagen Sie doch den werthen Anwesenden: Meine jungen Freunde, man macht sich über Euch lustig. Ja, in der Schule, da werdet ihr nach Euren Leistungen und nicht nach Euren Vermögen behandelt. Ihr werdet belobt oder bestraft, je nachdem Eure Arbeiten, Eure Betragen, Eure Fähigkeiten sind. Nun wohl! In der Welt, im Leben ist meist das

(Fortsetzung folgt.)

schärfer, aber auch Herr v. Bülow spricht nicht ohne Geist und Verstand über ein reiches Maas von Humor und Witz. Er legt großes Gewicht auf die äußere schöne Form in der Rede und schärft sie mit feinen vergleichenden Bildern und schönen, auf passenden Zitaten aus dem Schatze unserer klassischen Dichter aus. Eine gewisse Anotonie des Tones, die seiner reichen Rede noch anhaftete, war bei seiner zweiten längeren Rede über die fernöstliche Frage nicht mehr zu bemerken. Wesentlich Neues sagte Herr v. Bülow nicht mehr über Korea, durch erneute telegraphische Entdeckungen war er aber in der Lage, einander den Vorkurs des Vertrages zwischen Deutschland und China mitzutheilen. Im letzten Vortrag war ganz nach dem Herzen unserer Junger und Großindustriellen, die den Traum einer deutschen Weltmacht nicht fahren lassen. Dem Staatssekretär folgte Genosse Debel. Er legte den Standpunkt unserer Partei zu dieser Weltmacht in ungewöhnlicher Weise klar. An seinen Ausführungen wird niemand in der Partei etwas auszufinden haben, auch die Entschiedenheit des Tones ließ nichts zu wünschen übrig. Er wies ganz richtig darauf hin, daß die deutsche Industrie das Bestreben habe, mit billigen Waaren aus dem Weltmarkt konkurrenz zu können und deshalb einmal die deutschen Konsumenten die Waaren ihrer Bezüge lassen, dann aber die Arbeiter an der Realisation zur Erreichung höherer Löhne hindern. Er wies auf die Gefahr des Null-Exports hin und auf die Gefahr der Konkurrenz, welche von der ostasiatischen Industrie schon heute der deutschen drohe und die mit der Einführung Chinas noch größer werden müsse. Debel predigte natürlich laubende Thesen, die Herr v. Kardorff, Dr. Lieber und Haase und selbst der feinsinnige Dr. Barth schmerzlich mit fliegenden Fahnen in der Hand und Begeisterung im Herzen zur chinesischen Weltmachtspolitik ein. Heute wird die Debatte fortgesetzt.

Das preussische Landesökonomienkollegium hat in seiner agrarischen Schlußbesitz folgende Resolution gefaßt: „Dem Ausbau eines Netzes einheimischer Wasserstraßen braucht im Interesse der deutschen Land- und Forstwirtschaft nur dann nicht entgegengetreten zu werden, wenn entweder durch ausreichende Schutzgelder oder durch entsprechende Kanalabgaben eine Entlastung des Imports von Produkten der Land- und Forstwirtschaft dauernd verbündet wird. — Dieses weit und selbstlose Kollegium ist also grundsätzlich gegen Kanäle überhaupt und will nur ausnahmsweise solche gestatten, wenn vorher durch Schutzgelder oder Kanalabgaben dafür gesorgt ist, daß Kanäle nicht billiger landwirtschaftliche Produkte zuführen können.“

Warum Herr Jelle, Oberbürgermeister von Berlin für die Märzgefallenen kein Denkmal will. Die „Welt am Montag“ verpöndelt die flagellende Haltung des deutschfeindlichen Berliner Oberbürgermeisters Jelle und seiner Leute in der Rabenmalfrage und fordert, daß Herr Jelle sich dem Wunsch der erdrückenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung fügen. Herr Jelle hat bekanntlich am 3. Februar gesagt: „Der Magistrat hat es bedauert, der Stadtverordnetenversammlung nicht zu Willen sein zu können. Er hat aber, wie Sie versichert sein können, die triftigsten Gründe dazu gehabt.“ So meint wir auch immer, schreibt die „Welt am Montag“, wir können keine andere Willigkeit erdenken, wie die Reaktion die Berliner Bürgerchaft ins Dreck treiben konnte, als dadurch, daß Herr Jelle fortan nicht mehr zum Hofball eingeladen wurde.

Die mauristische Volkspartei hat folgendes Parteiprogramm aufgestellt: 1. Vereinigung der Gemeinde mit dem Gute, 2. gerechtere Verteilung der Schullasten auf die Güter, 3. gerechtere Verteilung der Kosten für Chauffeebauten, 4. bessere Verteilung der Armenlohn in den Gemeinden, 5. Uebertragung der Polizeigewalt auf die Gemeindevorsteher, 6. Wahlen der Amtsverwalter durch die Gemeinden, 7. verstärkte Beteiligung der Bauern an den Kreisräten und den Landwirtschafskammern, 8. Jugendlichmachung des Meliorationsfonds für die Bauern, 9. Verpachtung der königl. Domänen an Bauern (d. h. mittels Pargellung derselben), 10. Aufhebung der Majorate, 11. Ermäßigung der Eisenbahn-Tarife für chemische Dünger, 12. Wahrung der Religion und der Muttersprache, 13. Einführung des Kleinerewerbes zwecks Beschäftigung der mauristischen Arbeiter, 14. Kanalbauten. Ferner verlangt die Partei gleiches Recht für alle ohne Unterschied des Standes und der Person, Festlegung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes, Bewilligung von Dänen an dem Reichstags-Abgeordneten, Festhalten an dem allgemeinen, gleichen und geheimen Reichstags-Wahlrecht, Einführung gleicher Wahlen für den Landtag. Die vorerwähnten Forderungen sind, wie man sieht, fast ausschließlich sozialer und wirtschaftlicher Art, am nächsten den Forderungen des freisinnigen und nationalen „Volksvereins“. Die Wäuren sind eben entschlossen, zur Wahrung ihrer eigenen, bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschafts-Interessen unabhängig von den Konserwativen, zu deren Herrschaft sie bisher stöhnten, in die Schranken zu treten.

Polnische Gelehrten werden jetzt schon in Westpreußen den Korporeturen zu führen verboten. Wenn da die Liebe zum Deutschtum und vor allem zu der fürsorglichen Regierung

nicht in hellen Flammen entzündet, dann sind die Polen ein undankbares Volk. Das Zentrum, dem man die reaktionäre Bestimmung der Generer-Ordnung verdankt, wonach die Polizeibehörden die von den Korporeturen gestifteten Schriften zu zensurieren haben, werden jetzt auf eigenen Leibe, daß derartige Bestimmungen auch für sie nicht angehend sind.

Nachmals die Ermordung des Marzons Schulze. In den offiziellen Mitteilungen über den Vorkall bei Tino wurde gesagt, Schulze sei als Nachposten hinterwärts überfallen und ermordet worden. Der Mörder wurde, so ist weiter berichtet worden, erfaßt und enthaupet. „Bureau Reuter“ verbreitet jetzt die Nachricht, Schulze habe drei Chinesen getödtet und aus Rache dafür sei er getödtet worden. So behaupten wenigstens die Chinesen. Es erscheint erforderlich, daß Klärung über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Reuter-Meldung gegeben werde.

Wenn zwei dastelle thun u. s. w. Ein scharfer Dieb, der die Erlitten des ganzen Vereins in Frage stellen kann, ist gegen den seit 1889 bestehenden Berg- und Hüttenarbeiterverband (sog. „Alter Verband“ zum Unterschiede vom „Generverein christlicher Bergarbeiter“) geführt worden. Auf Grund des Vereinigesetzes wurden zahlreiche Vertrauensmänner des Verbandes zur Verantwortung gezogen, weil sie als Vorsteher der Zahlstellen unterlassen hätten, die Mitgliederverzeichnis dieser Zahlstellen einzureichen; sie seien dazu verpflichtet gewesen, weil die Zahlstellen selbständige Vereine, die eine Einmischung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckten, darstellten. Das Schöffengericht verurteilte jeden der angeklagten Vorsteher zu einer Geldstrafe von 15 Mk. und die Strafkammer befähigte als Berufungsgericht dieses Urteil, obwohl die Angeklagten entschieden bestritten, daß die Zahlstellen keine selbständige Vereine seien. Die Vorsteher, oder richtiger Vertrauensmänner, fasstirten nur die Gelder ein, um sie an den Vorstand abzuführen, vertheilten die Gelder, meldeten die Mitglieder bei der Zentralstelle an und berieten nur gelegentlich und im Auftrag des Vorstandes Versammlungen ein. Von einer selbständigen Vereinstätigkeit konnte nicht die Rede sein. Auch das Kammergericht verwarf dieser Tage die gegen das Urteil eingelegte Revision, so daß nunmehr die Polizeibehörden ungehindert gegen den „alten Verband“ vorgehen können; und sie werden dies sicher an gar vielen Orten des Oberbergamtsbezirks Dortmund thun, ohne zu bedenken, daß sie gerechtfertigtermaßen dann auch den Generverein christlicher Bergarbeiter nicht schonen dürften, denn dieser ist in ähnlicher Weise organisiert, wie der Berg- und Hüttenarbeiterverband. Doch die Polizei hat es gar nicht nötig, auch nur unparteiisch zu scheinen, und am wenigsten unter dem Regime von der Rede.

Internen neuesten Kurs. Im Monat Januar wurde wegen Preis- und anderer politischer Bewegungen gegen Sozialdemokraten erkannt auf 1 Jahr 10 Monate 3 Wochen und 5 Tage Gefängnis und auf 1464 Mk. Geldstrafe.

Chronik der Reichstagsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Reichstagsbeleidigung soll gegen zwei weitere Dresdener Buchhandlungen vorgegangen werden. Sie haben die Broschüre (?) Kaiser Wilhelm II. ausgelegt und veräußert. — Wegen Reichstagsbeleidigung erhielt die Pläntlerin Dorette Lattmann in Hannover in der Strafkammerurteilung vom 3. d. Mts. drei Monate Gefängnis subsidiär.

Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt nahm am Samstag in seiner Schlußsitzung eine sozialdemokratische Antrag fast einstimmig an, der die Regierung auffordert, dem nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Landtage einen Entwurf vorzulegen, welcher die sich gegen die Arbeiter richtenden Ausnahmestimmungen des Vereinigesetzes aufhebt.

Schweiz. Bern, 7. Febr. Die Genner der Eisenbahnverhaftung arbeiten mit Hochdruck auf die Freiführung des Volkes hin. Eine Großsäre folgt der anderen, und in Basel gibt gar ein Redakteur der reformirt-kommun. „Allg. Schweiz.“ eine besondere Zeitung zur Bekämpfung der Eisenbahnverhaftung heraus, offenbar nur im Interesse der ewigen Seligkeit des Schweizervolkes, also zur Wahrung der angeblich höchsten idealen Güter. Die Frage der „Räuber der Volk“ jedoch an die Genner, wer alles das behagt, hat keine Beantwortung gefunden: man weiß aber, daß deutsche Bankiers und Aktionäre allein eine halbe Million zur Bekämpfung der Eisenbahnverhaftung ihren Danklängern in der Schweiz zur Verfügung gestellt haben. Man kann daraus schließen, wels gutes Geschäft der Privatbetrieb der Eisenbahnen für die beteiligten Kapitalisten ist. — Im Genfer Kantonsrathe hat der Konservative Ober einen Gesetzentwurf betreffend Errichtung einer allgemeinen Altersversicherungskasse mit staatlicher Subvention eingebracht. Bekanntlich wollten die Sozialdemokraten diese Einrichtung schaffen mit den durch Abschaffung des Altersbudgets freierwerbenden Summen, welcher Plan jedoch in der Volkabstimmung verworfen wurde. Was Herr Ober will, besteht bereits im Kanton Neuchâtel und scheint sich zu bewähren.

Italien. Rom, 5. Febr. Die Kammer genehmigte die Ermäßigung der Mehlzölle auf acht Franken 6,40 Mk. und entsprechende Preisberichtigungen für andere Mehlprodukte und für Mehl aus minderwertigen Getreidesorten. Die ganze Vorlage wurde in geheimer Abstimmung mit 198 gegen 37 Stimmen angenommen. Die Angst vor Hunger-Inflationen wirkt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung gelangte ein Antrag von Nicolini und Genossen, die Getreidezölle auf 2,50 Franken (2 Mk.) herabzusetzen, zur Abstimmung. Der Antrag, der von der Regierung nicht acceptirt war, wurde mit 204 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Das Haus nahm hierauf die Erhebung der Getreidezölle auf 5 Franken bis zum 31. Mai d. J. und die Ermäßigung der Zölle um 1 Franken für den Jenner Gerste, um 1 1/2 Franken für den Jenner Roggen und um 2 1/2 Franken für den Jenner weiser Mais an. — Auf der Insel Saba ist im Bezirke Porto Ferrajo Hungersnoth ausgebrochen. Die Bevölkerung revoltirte und stürzte die Hauptstadt der Insel. Militär mußte einschreiten, es gab viele Tödtet und Verwundete.

Belgien. Brüssel, 6. Februar. Die sozialistische Partei beschloß, Jola für sein mutiges Streiten in der Dreyfus-Angelegenheit ein Glückwünsch-schreiben zuzuschicken.

Türkei. Konstantinopel, 7. Febr. Der Sultan erklärte bei der letzten Audienz dem österreichischen Botschafter, daß er der Kandidatur des Prinzen Georg durchaus nicht zustimmen könne. Der Botschafter erwiderte, daß die österreichische Regierung in dieser Angelegenheit eine neutrale Haltung beobachte. — Der deutsche Botschafter, Herr v. Marzaffi, soll in dieser Frage keine Schritt — weder dafür noch dagegen — unternommen haben. Die türkischen Kreise, die sich dieser Kandidatur widersetzen, zählen angeblich nicht mehr auf die Unterstützung Deutschlands. Man glaubt, daß Deutschland den Vorschlägen des Kaisers nicht beitreten werde, vielmehr den Ereignissen ihren Lauf lassen und seine Truppen aus Kreta zurückziehen dürfte.

Soziales. Ueber die Einmischung der Nähmaschinenarbeit auf die Unterleibskrankheiten weiblicher Personen fand in der Sitzung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege eine lebhafte Diskussion statt. Der Assistentarzt an der Charité in Berlin, Dr. Straßmann, hatte in einem Vortrage auf den großen Prozentgehalt hingewiesen, welche die Nähmaschinenarbeiterinnen in den in der Charité behandelten Fällen weiblicher Unterleibsleiden stellen und auf Grund der von ihm gemachten Beobachtungen es für möglich gemacht erachtet, daß Mädchen unter 16 Jahren überhaupt nicht als gewerbliche Nähmaschinenarbeiterinnen beschäftigt werden und die Arbeitszeit der Nähmaschinenarbeiterinnen nicht über 10—11 Stunden täglich auszubehalten sei. Auch während der Wochenheftigkeit und der weiblichen Periode sei die Nähmaschinenarbeit zu unterlassen. In der Erörterung über den Vortrag wurde den Befehl des Dr. Straßmann im allgemeinen zugestimmt, aber doch darauf hingewiesen, daß die Nähmaschinenarbeit als solche nicht Ursache der zahlreichen Erkrankungen sei, sondern daß andere Ursachen dazu mitwirkten. Eine eigentliche Nähmaschinenarbeit gäbe es nicht. Etwas anderes allerdings sei es, ob die zu lange Beschäftigung an dieser Maschine nicht eine Erkrankung bedinge. Eine 10—11stündige Arbeitszeit an der Nähmaschine sei durchaus gesundheitschädlich. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß eine zu lange Arbeitszeit, schlechte Lüftung der Arbeitsräume, schlechte Ernährung wegen zu geringer Löhne, mangelnde Erholung und unregelmäßige Lebensweise die häufigen Erkrankungen weiblicher arbeitender Personen bedingen.

Aus Stadt und Land. Kant, 9. Februar. Die Blaubeerrien aus der Sozialistenkale im „Wilt, Tagblatt“ sind ins Stoden geraten. Ob in dem Wiltlein, das der Redaktion des genannten Blattes zugelesen ist und aus welchem ich abgedruckt, ein paar Seiten ausgefallen sind und zwar be, wo gerade das Schönste, die Schilderung des Intimitates kommen sollte? Wer weiß es? Vielleicht hört hier der Weisheit letzter Schluß an. Ueber aber, ewelche Leser haben sich über das Vorlesen des aufgemächtigten Rohles beunruhigt, obgleich diejenigen, die das „Wilt, Tagblatt“ aus Interesse lesen, in bezug auf diese geistliche Speise keine Feindschmecker sind und sich allerlei gefallen lassen. Auch mag dem verantwortlichen Redakteur des Blattes der Mochl dermaßen aufgefallen sein, daß er mit der ihm eigenen bajuarischen Derbheit dem Nichtverantwortlichen das Diktierwort darbrachte: „Lach nun genug sein des graulichen Spiels“ und den ferneren Abrudr verboten hat. Wenn die letzten beiden Vermuthungen die Ursachen der Unterbrechung der Blaubeerrien sind, so sind wir allerdings machtlos, die Fortsetzung zu ermöglichen. In dem Herrn seine aber der Tert ausgehenen, oder sind im Wiltlein, wie wir auch vermutheten, ein paar Blätter ausgefallen, so wollen wir mit folgstallicher Zuverlässigkeit gerne ausfallen.

Wir haben nämlich eine ganze Anzahl ähnlicher Blätter liegen, die zwar nicht verhandigter bezüglich des Lesens der Sozialdemokratie, aber doch nicht so schmächtig und in besserem Deutsch geschrieben sind. Also, wir stehen gerne zu Diensten.

Die öffentliche Zimmerverjammlung, welche Dienstag Abend in der Erde stattfand, war sehr mäßig besucht und fand, da eine Diskussion nach den Ausführungen des Herrn Armgart aus Bremen nicht beliebt wurde, bereits 9 1/2 Uhr ihr Ende.

Das dritte Abonnement-Konzert der Beilschmidt'schen Kapelle findet heute Abend im „Gasthof zum Adler“ (S. Loh) statt. Zwar ist der Preis für Nichtabonnenten etwas hoch für hiesige Verhältnisse (50 Pf. à Person), jedoch sollen die Leistungen der Kapelle recht anerkennenswerthe sein, wie von Musikern aus umversichert wird. Da gute Konzertmusik zu hören hier zu den Seltenheiten gehört, so seien die Freunde einer solchen auf das Konzert noch in letzter Stunde hingewiesen. Nach dem Konzert findet ein Familienkranzchen statt.

Als ein Mißstand welcher dringend der Abhilfe bedarf — mag es bezeichnet werden, daß in einer ganzen Reihe Straßen, so in der Nord- und Bunter Straße, ebenfalls auf der, nach der Kirche zu gelegenen Seite des Wilhelmplatzes die Abferrbahnen der Gaskleitung über das Straßenniveau emporragen. Eine Umpflasterung dieser Stellen ist dringend geboten, sofern Unfallsfälle durch Stützen oder Stolpern vermieden werden.

Wilhelmshafen, 8. Februar. Ueber die Ausbändigung von gemöhnlichen Briefen während der Reise in Gasthöfen veröffentlicht das Amtsbl. d. Reichspostverm., nachstehende Verfügung des Staatssekretärs v. Robbielt: „Gewöhnliche Briefen während der Reise in Gasthöfen sind von jetzt ab an die Gastwirthe, die ihre eigenen Briefe z. abholen lassen, auf Verlangen durch die Postausgabestelle auch dann zu veranlassen, wenn auf den Sendungen der Gastwirthe nicht namentlich bezeichnet, sondern nur der Gasthof als Wohnung des Empfängers angegeben ist.“

Von der Marine. Der Kreuzer „Orion“ ist gestern Nachmittag in Colombo eingelaufen. Der Kreuzer „Kaiser“ war noch nicht in Sicht. — Die Nachricht, daß für die Fischtorpedos eine neue Steuerordnung erlassen worden ist, um ihre Trefflichkeit zu erhöhen, bestätigt sich. Die Trefflichkeit, die bisher beim Torpedo zwischen 400—500 Meter lag, ist auf 1000 bis 1400 Meter erhöht worden. Doch hat damit Deutschland vor anderen Marinen keine Vorprung bei Anwendung dieser Waffe gewonnen, sondern die anderen Kriegsmarinen können diese neue Erfindung kaufen oder haben sie schon gekauft und zwar von dem Erfinder der Torpedos, dem Engländer Whitehead, der in Summe eine Torpedofabrik besitzt. Der eigentliche Erfinder der neuen Steuerordnung ist der österreichische Marineoffizier Ober.

Neuende, 8. Februar. Die Amtsboten und Gerichtsvollziehergehilfen stellen für die Gemeinde Neuende ist schon wieder ausgeschrieben und neu zu bieten. Die Vergütung für die Ausübung des Dienstes ist zwar um 100 Mk. jetzt erhöht worden, also auf 300 Mk. Die Nebenentnahmen sind auf 200 Mk. veranschlagt. Doch wird sich kaum für das Geld ein Mann finden. Da der Votz ist die ganze Woche von diesen Keimern in Anspruch genommen wird, so kann von irgend wem Lohnenden Nebenendienst seine Rede sein. Von 500 Mk. kann aber kein Mensch anständig leben und sollte man für diese Stelle eine höhere Remuneration auswerfen.

Feddwarden, 8. Februar. In einem Graben gefallen und ertraufen ist am Sonntag zwischen vier und Bombhauen der Arbeiter Fuß aus Schnapp. Derselbe wollte nach Grasschaft um seine Kinder, die zum Besuch wollten, abzuholen. Das er betrunken war, wie es gemöhnlich heißt, kann hier nicht angenommen werden. Er ist wohl getrauscht und hat als er in den Graben fiel, einen Schlag bekommen. Eine Frau und drei Kinder trauern um den Verstorben.

Barel, 8. Februar. Nauhanfall. Dem Zimmermann Bording aus Hollwege wurde gestern auf dem Wege von Besterheide nach Hause zwischen Linswege und Jüdenereide von einem unbekanntem Kanne, der ihm mit dem Tode bedrohte, seine Barschaft, Renten die er von Besterheide geholt hatte, abgenommen. Der Räuber hatte wahrcheinlich größere Geldsummen bei Bording vermutet.

Oldenburg, 8. Februar. Durch den Bankrott eines hiesigen Dampf-mühlenbesizers sind viele Geschäftskreise empfindlich geschädigt worden. Es ist gegen den Besitzer und seinen Sohn, der die Bücher geführt hat, Unterdrückung wegen betrügerischen Bankrott eingeleitet worden. Der Letztere wurde wegen Mißthatverdracht verhaftet.

Stadtsenpfeher. Im Bezirk der Oberpostdirektion Oldenburg werden in diesem Frühjahr in der ersten Bauperiode in Norderne, Leer, Delmenhorst, Papenburg und Barel Stadtsenpfeher eingerichtet werden.





**Schiffbauer-Gesangverein.**

---

**Großer**

**Maskenball**

am Freitag den 4. März  
in den Räumen der „Kaiserkrone“.

**Großartige Aufführungen!**  
Unter Anderem:  
Kaiser Kleckselmayer in der Wüste Sahara  
oder: Die Liebe in der Wildnis.

Anfang präzis 8 Uhr.

Entree: für maskirte Herren 1,25 Mk., für maskirte Damen 75 Pf., für Zuschauer 50 Pf.; letztere zahlen bei der Theilnahme am Ball 50 Pf. nach.

Karten sind zu haben in der „Kaiserkrone“, bei den Herren Grube, Wallstraße, Traugott, Ulmenstraße, Juchoff, Bismarckstraße, sowie bei sämtl. Mitgliedern.

**Der Vorstand.**

**Gastwirthschaft A. Scholz, Heppens.**

**Freitag den 11. Februar**

**Große humoristische Vorstellung**

aufgeführt vom  
**Personal des Variété „Zum Jadebusen“**  
unter Mitwirkung des sächs. Volkshumoristen **Alfr. Neumann**,  
sowie des hier so beliebten **„Hansa-Trios“**.

Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pfg.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

**A. Scholz.**

**Waarenhaus**  
**B. S. Bührmann.**

---

500 Stück baumwoll. farrirte  
**Bettzeuge**

82/84 cm breit. Prima Waare.  
Meter 35 Pfg.

---

Eine gleichwertige Waare  
wurde für diesen Preis in Wilhelmshaven  
regulär noch nicht verkauft!

**Bürgerverein Neuende.**

Am Sonntag den 13. Februar veranstaltet der Verein in  
Brunn's Lokale „Zum grünen Hof“ in Schar ein  
**Wintervergnügen**  
bestehend in  
Konzert, Theater, humoristischen Vorträgen und Ball.  
Alles Näher durch Programme.  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang des Theaters 7 Uhr.

Entree 50 Pf. Tanzband für Mitglieder 75 Pf., für Nichtmitglieder 1 Mk.  
Freunde und Gönner des Vereins ladet freundlich ein

**Das Komitee.**

**Graf Posadowsky**  
und die Koalitionsfreiheit v. d. Reichstage.  
Preis 20 Pfg.  
Buchhandlung des Norddeutschen Volksblattes.

**Gelegenheitskauf!**

Große Posten:

**Gemdentuche**  
in nur guten Qualitäten  
das Meter 18, 20, 25, 30, 34 bis 45 Pf.  
Prima

**Louisianatuch**  
32 u. 40 Pfg.

**Weiss. Plüsch-Piqué**  
das Meter 38, 40, 45, 50, 58, 70  
bis 160 Pfg.

**Satin Augusta**  
besonders schwere Waare,  
für Schürzen und Bezüge geeignet  
das Meter 42 Pfg.

**Bettkattune**  
in neuer Muster-Auswahl,  
das Meter 20, 25, 30, 35, 40 bis 62 Pf.

**Ungebl. Nessel**  
bewährte Qualitäten,  
das Meter 17, 20, 22, 25, 28 bis 45 Pf.

**Gebrüder Gosch**  
Am neuen Markt.

**Der wahre Jacob Nr. 301**  
ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung.  
Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

**Bürgerverein Neuende**  
Die Versammlung  
wird auf den 20. verlegt.  
Der Vorstand.

**Vereinigung der Gastwirthe**  
von Bant, Neuende und Heppens.  
Donnerstag den 10. Februar  
Nachmittags 4 Uhr  
**Monats-Versammlung**  
beim Kollegen J. Zaak, Neubremm.  
Die Tagesordnung  
wird in der Verlamml. bekannt gemacht.  
Der Vorstand.

**Banter Frauen-Verein.**  
Donnerstag den 10. Februar  
Nachm. 2 1/2 Uhr:  
**Nächste Stunde**  
bei Cornelius.

**H. F.**

Donnerstag pünktlich 8 Uhr.  
**Achtung!**  
Hiermit zur Nachricht, daß der  
**Historisch-geograph. Kalender**  
vollständig vergriffen ist.  
Buchhandlung  
des Nordd. Volksblattes.

Am 1. Februar erscheint bei J. Günther,  
Verlag, Dresden:  
**Den Märzgefallenen**  
von 1848  
von **Andreas Schen**,  
für Männerchor mit Orchesterbegleitung  
komponirt von **Josef Schen**.  
In der Voraussetzung, daß die 50-jäh-  
rige Gedenkfeier der 48er Revolution  
sich zu einer allgemeinen gestalten dürfte,  
werden die gehörten Sängerbände und  
Bereine zur Anschaffung dieser, speziell  
für diese Feier gehaltenen Dichtung  
und Komposition, die in den Ein-  
gängen möglichst leicht und einfach ge-  
legt ist, höflich eingeladen.

J. Günther, Musik-Verlag,  
Dresden, Ziegelstr. 24.

Mein gut assortirtes  
**Weinlager**  
bringe hiermit in empfehlende Erinnerung  
und halte mich bei Bedarf bestens em-  
pfehlen.  
R. Keil, Drog. Roth. Kreuz.

**Zum Geburtstag!**  
Fünfundzwanzig Jahre zählt Du heut,  
Was Deine Freunde mit Dir herzlich freut.  
Besonders weil Du nun wahlmündig  
Und sicher weise genug und findig,  
Wem Du zur nächsten Reichstagswahl  
die Stimme gibst.  
Von Dingen drum unsere Gratulation!  
Und wer wir sind? Das halbe Alphabet,  
das sagt's Dir schon.  
G. P. H. B. B. B. K. St.

**Geburts-Anzeige.**  
Durch die Geburt eines Knaben  
wurden hoch erfreut  
Bant, den 8. Februar 1898.  
**L. Wilken und Frau,**  
Marie, geb. Brämer.

**Die Verlobung**  
unserer Tochter mit dem Tischler Herrn  
**O. Rudolph** ist unsererseits aufgehoben.  
**S. Franz und Frau.**

werden, wie in den vergangenen Jahren,  
**1898 Walf & Francksen's fertige Betten**  
durch ihre Güte und Preiswürdigkeit stets die **Besten** sein.

Verantwortlich für die Redaktion: B. Morisse in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.

